



Datenschutzerklärung

für die Nutzung des Onlinedienstes „Anzeige Fischereipachtvertrag Entgegennahme“ des Fischereiamtes Berlin, Stand: 27.11.2023

Diese Datenschutzerklärung erfolgt nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO).

Ziel des vorliegenden Onlinedienstes „Anzeige Fischereipachtvertrag Entgegennahme“ (im Folgenden: Onlinedienst) ist es, Ihre Antragsdaten direkt zur zuständigen Landesbehörde, dem Fischereiamt Berlin, zu übermitteln. Die Daten werden also erhoben, ggf. auf eigenen Wunsch zwischengespeichert, übermittelt und nach einer erfolgreichen Übermittlung sofort wieder gelöscht. Die daran anschließende Prüfung, Bearbeitung, Speicherung und Bescheidung von Anträgen sowie die Aufbewahrung der Daten läuft vollständig getrennt von dem Onlinedienst in dem Fischereiamt.

Die allgemeine Datenschutzerklärung zur Nutzung der auf dem ServicePortal Berlin bereitgestellten Onlinedienste finden Sie unter:

<https://service.berlin.de/datenschutzerklaerung.700588.php>

Inhalt

1. Verantwortliche Stelle	2
2. Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten.....	2
3. Zweck der Datenverarbeitung	2
a. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:	3
b. Es werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet.....	3
c. Verarbeitung personenbezogener Daten.....	3
4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern	3
5. Drittstaatentransfer	3
6. Dauer der Speicherung	4
7. Rechte der betroffenen Person	4

1. Verantwortliche Stelle

Gemeinsame Verantwortung gemäß Art. 4 Nr. 7 i.V.m. Art. 26 Abs. 1 DSGVO:

Verantwortlich für den Online Dienst ist das Zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein:

Zentrales IT-Management Schleswig-Holstein

Referat StK 30 - Grundsatzangelegenheiten Digitalisierung und E-Government

Niemannsweg 220

24106 Kiel

poststelle@stk.landsh.de

Verantwortlich für das Verwaltungsverfahren:

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Fischereiamt Berlin

Havelchaussee 149/151

14055 Berlin

2. Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte für nachgeordnete Einrichtungen

E-Mail: datenschutz-NE@senmvku.berlin.de

Anschrift:

c/o Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Am Kölnischen Park 3

10179 Berlin

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die im Onlinedienst relevante Datenverarbeitung dient dem Zweck, den Bürger bei der Antragstellung digital zu unterstützen und damit einen barriere- und medienbruchfreien Zugang zu Verwaltungsleistungen im Bereich Fischerei zu ermöglichen (Onlinezugangsgesetz). Die Weiterleitung der erhobenen Daten an das Verwaltungsverfahren der zuständigen Landesbehörde erfolgt, um den Vollzug des § 13 Abs. 1 Berliner Landesfischereigesetz vom 19.06.1995 zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 02.02.2018 (GVBl. S.160) zu ermöglichen.

a. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Ihre Daten werden auf der Grundlage des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sowie des § 13 Abs. 1 Berliner Landesfischereigesetz vom 19.06.1995 zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 02.02.2018 (GVBl. S.160) verarbeitet.

b. Es werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet

- PLZ für Zuständigkeitsermittlung (Positionsdaten)
- Benutzerauswahl
- Angaben Verpächter:in (allgemeine Personendaten)
- Angaben Pächter:in (allgemeine Personendaten)
- Angaben Gewässer
- Angaben zur Pacht
- Nachweise für Fischereipachtvertrag
- IP-Adresse bei der Nutzung des Dienstes für die Dauer der Nutzung (Session)

c. Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Onlinedienst werden die personenbezogenen Daten über den Antragsprozess erhoben: Der Antragsteller hat die Möglichkeit den Antrag / die Anzeige vollständig digital an das Verwaltungsverfahren der zuständigen Landesbehörde, dem Fischereiamt Berlin, zu übermitteln. Um eine ordnungsgemäße Verarbeitung zu gewährleisten, erfolgt eine technische Protokollierung (z.B. IP-Adresse, Datum).

Sind die Daten erfolgreich an das Verwaltungsverfahren der zuständigen Landesbehörde übermittelt, erfolgt auf der Basis der erhobenen und ermittelten Daten die Prüfung, Bearbeitung und Bescheidung des Antrages.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Empfänger der Daten ist das Fischereiamt Berlin. Die Datenverarbeitung im Rahmen des Onlinedienstes „Anzeige Fischereipachtvertrag Entgegennahme“ erfolgt auf der IT-Infrastruktur der Dataport AöR, die im Auftrag des Verantwortlichen (Fischereiamt Berlin) den Online-Dienst betreibt.

5. Drittstaatentransfer

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Behörden oder sonstige öffentliche

Stellen außerhalb des Geltungsbereichs der Datenschutzgrundverordnung ist nicht geplant.

6. Dauer der Speicherung

Um es dem Bürger im Falle einer technischen oder zeitlichen Unterbrechung zu ersparen, seine Daten erneut in die Antragsmaske einzugeben, besteht im Onlinedienst die Möglichkeit einer lokalen und verschlüsselten Zwischenspeicherung als HTML-Datei auf dem aktuellen Computer. Die Zwischenspeicherung erfolgt nicht automatisch, sondern muss aktiv initiiert werden. Beim Aufruf der Datei wird das Formular wieder gestartet und gegebenenfalls eine Anmeldung am Service Konto ausgelöst und verifiziert. Der Antragsteller muss eigenständig sicherstellen, dass die HTML-Datei von keiner unbefugten Person verwendet wird!

Nach der Übermittlung an das Verwaltungsverfahren des Fischereiamtes Berlin werden die Daten im Onlinedienst sofort gelöscht.

Die Akten, welche Ihre personenbezogenen Daten enthalten, werden grundsätzlich für zehn Jahre aufbewahrt.

7. Rechte der betroffenen Person

Sie haben gegenüber der verantwortlichen Stelle das Recht:

- auf Auskunft über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten (dazu gehören auch Auskünfte über Zweck, Empfänger und Dauer der Speicherung) nach Art. 15 DSGVO,
- auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten gemäß Art. 16 DSGVO,
- auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO,
- auf Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit nach Art. 18 und 20 DSGVO sowie
- der Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit gemäß Art. 21 Absatz 1 DSGVO zu widersprechen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden Ihre personenbezogenen Daten in der Regel nicht mehr verarbeitet. Ausnahmen bestehen, soweit entweder zwingende schutzwürdige Gründe bestehen, die gegenüber Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerspruch erfolgten Verarbeitung wird durch den Widerspruch nicht berührt.

Zur Wahrung der in dieser Ziffer genannten Rechte kann sich jede betroffene Person an die verantwortliche Stelle (siehe Ziffer 1) wenden. Zudem können Sie sich - wenn Sie der



Auffassung sind, dass bei der Verarbeitung Ihrer Daten Vorschriften der DSGVO nicht beachtet werden - mit einer Beschwerde an eine Aufsichtsbehörde wenden (Art. 77 DSGVO). Das kann die Behörde ihres Wohnsitzes, grundsätzlich aber auch jede andere Datenschutzaufsichtsbehörde sein.

Aufsichtsbehörde für die öffentlichen Stellen des Landes Berlin ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die Sie wie folgt kontaktieren können:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Alt-Moabit 59-61

10555 Berlin

Eingang: Alt-Moabit 60

Tel.: +49 30 13889-0

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de